

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Bfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Einsch.-Druker).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 54.

Berlin, Mittwoch, 6. Juli 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Wie sich die Zeiten ändern! — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Wie sich die Zeiten ändern!

In den „Soz. Monatsheften“ stellt Georg Schmidt interessante Betrachtungen an über die Anerkennung der Gewerkschaften ein und jetzt. Er führt aus, wie lange es gedauert hat und wie schwierig es gewesen ist, bis die Arbeiterorganisationen, wobei er in erster Linie an die „freien“ Gewerkschaften denkt, sich Anerkennung bei der Regierung, bei den Behörden und auch bei den Unternehmern verschafft haben. Früher wurden sie lediglich als „Streikvereine“ beurteilt, heute werden sie als „gleichwertige Vertragskontrahenten“ anerkannt.

Während die Regierung noch vor verhältnismäßig nicht allzu langer Zeit verjagt, durch die Zuschauersvorlage den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen und damit die Organisationen zu vernichten, werden jetzt, nachdem die Gewerkschaften angefangen haben, sich auch praktisch auf sozialpolitischem Gebiete zu betätigen, die Vertreter der Arbeiter von der Regierung als Gutachter gehört. Früher suchte man, dem „Streikvereine“ mit dem kleinen Belagerungsstand beizukommen; jetzt läßt die Reichsregierung, wie dies beim Bauarbeiterkampf gesehen ist, Vertreter der Unternehmer und der Arbeiterorganisationen zu Einigungsverhandlungen ein, ohne von irgend einer Seite dazu aufgefordert zu sein. Noch beim großen Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet 1905 hat der Reichskanzler jede Vermittlung abgelehnt, ebenso wie gelegentlich des Mansfelder Streiks der preussische Handelsminister von einer Vermittlung nichts wissen wollte.

Eine ähnliche Wandlung, so führt Schmidt weiter aus, hat sich im Verkehr mit den Unternehmern vollzogen. Während früher bei Lohnkämpfen eine der wichtigsten Arbeiterforderungen die Anerkennung der Organisationen war und auf Seiten der Unternehmer der Herr im Hause-Standpunkt schroff vertreten wurde, hat sich heute die Anerkennung der Gewerkschaften auch in den Unternehmerkreisen mehr und mehr durchgerungen. In dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß Leute vom Schlage der Kirdorf, Wueck, Thössen usw. noch heute auf ihrem Herrenstandpunkt verharren und von einer Anerkennung der Arbeiterorganisationen auch heute nichts wissen wollen. Sie sind Ausnahmen, die nur die Regel bestätigen.

Der Verfasser des Artikels erblickt in dieser Wandlung einen schönen Erfolg, der die Klassendrucke auf dem Kölner Parteitag im Jahre 1893 Lügen strafte. Bald sollten die Unterstützungseinstellungen die Gewerkschaften auf die in den Sumpf führende schiefe Bahn bringen, bald wurde ein Abflauen des Klassenkampfes konstatiert und anderes mehr. Ein beliebtes Kapitel radikaler Abhandlungen war vor noch nicht langer Zeit das Thema „Grenzen der Gewerkschaftsmacht“. Die auf „Wenn“ aufgebaute Theorie aber habe Schiffbruch gelitten. Wohl seien auch der Macht der gewerkschaftlichen Organisationen Grenzen gezogen, die aber nicht so eng seien, wie es von den Radikalen immer behauptet wurde. Der Idealismus und der gelinde Sinn der Mitglieder für größere finanzielle Leistungen ist für den Verfasser ein Beweis für die steigende Macht der Organisationen und können auch durch radikale Theoreme nicht ausgetrieben werden.

Im großen und ganzen trifft das zu. Tatsächlich nehmen jetzt sowohl die Regierung und die Be-

hörden wie auch die Unternehmer den Organisationen der Arbeiter gegenüber eine wesentlich andere Stellung ein als noch vor zehn Jahren, und auch wir erwidern in diesem Wandel einen Erfolg. Schade nur, daß Herr Georg Schmidt nicht auch einmal auf die Gründe, die diesen Wandel herbeigeführt haben, etwas näher eingegangen ist. Zweifellos hat die wachsende Zahl der in den Arbeiterorganisationen vereinigten Arbeiter wesentlich dazu mit beigetragen, und der Zusammenbruch der Unternehmer zu Verbänden hat die Entwicklung gefördert. Aber noch andere Gründe scheinen uns maßgebend gewesen zu sein, die auch in den Ausführungen Schmidts bereits angedeutet werden. Die stärkste Organisationsrichtung, die „freien“ Gewerkschaften, hat ihren Klassenkampfstandpunkt mehr und mehr aufgegeben. Sie müssen, durch die Verhältnisse gezwungen, versuchen, auch im Gegenwartstaate für ihre Mitglieder Vorteile zu erringen. Dazu bedürfen sie der Gesetzgebung, und deshalb sind sie vielfach, wie das auch erwähnt wird, mit Eingaben an die Regierung herantretend, haben auch hier und da Material geliefert und damit den Beweis zu erbringen versucht, daß sich mit ihnen arbeiten läßt. Dadurch hat sich die Stellung der Regierung zu ihnen nicht unwesentlich geändert. Während früher man in weiten Kreisen der „freien“ Gewerkschaften dem Abschluß von Tarifverträgen keineswegs freundlich, ja offen feindlich gegenüberstand, weil man davon, wie Schmidt sich ausdrückt, ein Abflauen des Klassenkampfes befürchtete, sind heute die „freien“ Gewerkschaften begehrte Vorkämpfer für den Tarifgedanken geworden. Wer aber für den Abschluß von Tarifverträgen eintritt, kann kein zielbewußter Klassenkämpfer sein. Eins schließt das andere aus: das ist oft genug von unserer Seite nachgewiesen worden. Diese Wendung macht sich natürlich auch bemerkbar im Verhalten gegenüber dem Unternehmertum, das infolgedessen auch den „freien“ Gewerkschaften gegenüber eine andere Stellung einnimmt.

Bei den radikalen Genossen findet daher auch die Tarifpolitik der Gewerkschaften durchaus keinen Beifall. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Stuttgart im Jahre 1908 wurde denn auch die neuerdings empfohlene Taktik verworfen, in Berufs resp. Organisationen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch beiderseitige Verständigung ihre Regelung finden, den Klassenkampfstandpunkt fahren zu lassen. Die Versammlung betont, daß ein Tarif nicht als Friedensbündnis abzuschließen sei, sondern als eine Etappe des Klassenkampfes, die Zeit und Gelegenheit bieten soll, um zu weiterem Kampfe zu rücken.

Das sind Whorai, die aber doch die Anschauungen der Radikalen widerpiegeln. Sie werden sicherlich auch noch in weiten Kreisen der Gewerkschaften geteilt, können sich aber heute nicht mehr durchsetzen. Mehr und mehr bricht sich der Gedanke Bahn, den der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Emil Döblin, in folgenden Sätzen zum Ausdruck gebracht hat:

„Es ist unlogisch, einerseits den Weg des Tarifvertrags zu beschreiten, und andererseits fortgesetzt das Kampfrot zu reiten. Soll der Tarifgedanke sich weiter entwickeln, und sollen die Verträge eine festgesetzte Vervollkommenung erfahren, so ist es notwendig, daß das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist zu der ehelichen Absicht, die gewerblichen Differenzen möglichst in beiderseitigem Einverständnis zu schlichten. Die heroische Hervorhebung des Klassenkampfes muß direkt schädigend wirken, da sie bei den Unternehmern die Auffassung befestigen muß, daß der gewerbliche Friede jeden Augenblick erschüttert werden kann. Eine solche Situation ist aber

nicht der Boden, auf dem noch so berechtigte Forderungen der Arbeiter ihre Befriedigung finden.“

Das ist eine durchaus richtige Auffassung, die auch von uns stets vertreten worden ist. Sie läßt erkennen, daß in den „freien“ Gewerkschaften sich eine gründliche Wandlung vollzogen hat, eine Wandlung, die in der Hauptsache mit daran schuld ist, daß die Arbeiterorganisationen heute auf allen Seiten eine andere Würdigung erfahren als früher. Diese Wandlung aber bedeutet nichts anderes als eine Annäherung an die Grundtatsache der Deutschen Gewerksvereine. Sie sind stets Gegner der Klassenkampftheorie gewesen, wie sie von der Sozialdemokratie vertreten wird, und haben von jeher für den Abschluß von Tarifverträgen gewirkt. Das aber setzte voraus zunächst eine friedliche Verständigung mit dem Unternehmertum. Daß die Grundtatsache der Deutschen Gewerksvereine allmählich Gemeingut aller deutschen Arbeiterorganisationsrichtungen geworden sind, dieser Umstand hat in der Hauptsache die erreichte Anerkennung der Arbeiterorganisationen zur Folge gehabt.

Wir setzen schon im Geiste, wie sich verschiedene Federn in die rote oder schwarze Tinte verfenken, um diese Ansicht zu widerlegen oder lächerlich zu machen. Die letzte Nummer des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“, die sich mit unserem Verbandstage beschäftigt, gibt uns schon einen kleinen Vorgeschmack. Wir gönnen jenen Herren das Vergnügen. In den Tatsachen wird dadurch nichts geändert. Auch auf anderen Gebieten hat man sich ja den Deutschen Gewerksvereinen angepaßt. Wir erinnern nur an unser Unterstückungswesen, das den Gegnern der Deutschen Gewerksvereine so oft Gelegenheit zu Hohn und Spott gegeben hat, heute aber auf jener Seite weitgehendste Nachahmung findet. Wir weisen weiter auf die Stellung zur Raiffeiler hin, die mehr und mehr auch von den „Genossen“ als fauler Zauber erkannt worden ist und demnächst endgültig in die Kumpfkammer geworfen werden wird. In allen diesen Fragen haben die Deutschen Gewerksvereine von jeher den richtigen Standpunkt eingenommen, und ihre Gegner haben sich ihnen genähert. Auch die Tatsache, daß den Organisationen jetzt die ihnen gebührende Achtung und Anerkennung zuteil wird, ist ein Erfolg, der im Grunde genommen durch das Anpassen an unsere Prinzipien erzielt worden ist. Darauf können die Deutschen Gewerksvereine mit Recht stolz sein, und sie werden alles aufbieten, um auch für die Zukunft die Pioniere der Arbeiterbewegung zu sein. Um so leichter aber werden wir unsere Aufgabe lösen können, je größer die Schar ist, die sich unter unserem Banner gesammelt hat. Möge deshalb auch die oben geschilderte Entwicklung den Agitationsseifer der Kollegen stärken und unserer Sache zahlreiche neue Anhänger zuführen.

□ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Auch in der trockenen Materie der Unfallversicherung gibt es hin und wieder Gelegenheiten, bei denen durch allerlei Zufälligkeiten eine Sache außerordentlich schwierig und auch interessant wird. Der 28 Jahre alte Zimmermann G., Mitglied des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter, war in der Nähe von Bitterfeld in den Wuldensteiner Werken beschäftigt. Er mußte die Arbeiten, die er leistete, anschieben und mußte auch Buch führen über die Holzmenge, die er verbrauchte. Dazu bedurfte er eines Bleistiftes, ebenso zum Anreiben von Arbeiten. Den Bleistift mußte er sich selbst beschaffen, wie er auch verpflichtet war, Säge, Hammer und alle anderen Zimmermannswerkzeuge sich selbst zu besorgen. Am 14. August 1908 war

sein Bleistift abgenutzt und nur noch 4 Zentimeter lang. Am Morgen hatte er eine Weste angezogen, die ihm seine Schwägerin geschenkt hatte, die Weste seines verstorbenen Schwagers. Während der Arbeit entdeckte er in der Westentasche die Hülse einer Patronen eines Militärgewehres. Um seinen verbrauchten Bleistift wieder gebrauchsfähig zu machen, verjuckte er ihn in die Hülse zu stecken. Der Bleistift ist aber widerpenflich und will nicht hineingehen. E. nimmt also den Hammer und macht einige leichte Schläge auf die Patrone an der Seite, an der sich das Zündhütchen befindet. Dieses war aber noch nicht entladen und explodierte infolgedessen. Ein Teil der Hülse flog dadurch dem E. in das rechte Auge, was den völligen Verlust dieses Auges zur Folge hatte.

E. stellte Ansprüche auf Unfallrente gegen die Ziegeleiergenossenschaft. Die Berufsgenossenschaft lehnte jedoch den Anspruch ab, indem sie sagte: „Ein Zusammenhang zwischen dem von Ihnen erlittenen Unfall und dem Betriebe besteht nicht; vielmehr ist durch Ihre eigene unvorsichtige Handlungsweise, die weder durch den Betrieb bedingt, noch demselben in irgend einer Weise förderlich war, die Schädigung Ihres Körpers verursacht worden. Sie sind nicht einer Betriebsgefahr erlegen, sondern dadurch, daß Sie einen Gegenstand, von dessen Gefährlichkeit Sie überzeugt sein mußten, für Ihren persönlichen Bedarf brauchten, verunglückt.“ E. legte gegen diesen Bescheid Berufung beim Schiedsgericht in Werseburg ein. Das Schiedsgericht lehnte den Anspruch ebenfalls ab mit folgender Begründung: Die gefährbringende Patronenhülse stammt weder von der Betriebsfirma, noch war sie zu der Betriebsarbeit oder im Betriebsinteresse erforderlich. Sie stand also mit dem Betriebe in keinem Zusammenhange. Unter diesen Umständen konnte das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht anerkannt werden.

Gegen dieses Urteil wurde seitens des Klägers Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt. Das Reichsversicherungsamt vernahm noch Zeugen, die die bisherige Darstellung des Klägers über den Unfall bestätigten. Im Termin machten wir folgende Gründe für den Anspruch geltend: Der Kläger war im Betriebsinteresse verpflichtet, in ziemlich umfangreicher Weise Buch zu führen. Er bedurfte dazu des Schreibstiftes. Der Bleistift muß infolgedessen als Betriebswerkzeug gelten. Ein solches bleibt er auch dann, wenn der Verletzte sich den Stift selber kaufen muß. In vielen Industrien ist es üblich, daß sich die Arbeiter größere Teile des Werkzeuges kaufen müssen. Es wäre Unsinn, daraus zu schlußfolgern, daß dieses Werkzeug kein Betriebswerkzeug sei. Auch für seine sonstige Arbeit, zum Anzeichnen von Böchern usw., braucht der Zimmermann einen Bleistift. Es ist auch nicht selten, daß Patronenhülsen als Verlängerung für Bleistifte gebraucht werden. Es kommt sogar sehr oft vor, daß auf Jahrmärkten usw. solche Patronenhülsen mit Bleistift verkauft werden. Man kann also auch nicht behaupten, daß der Kläger sein Betriebswerkzeug, eben den Bleistift, unangemessen verwendet habe durch Einsetzen desselben in die Patrone. Ob die Hülse aus dem Betriebe selbst stammt oder von dem Verletzten beschafft war, sei in diesem Falle ganz unerheblich. Das Schiedsgericht habe augenscheinlich keinerlei Kenntnis von den Arbeiten eines Zimmermannes gehabt, sonst hätte es das vorliegende Urteil nicht fällen können.

Diesen Ausführungen schloß sich der 20. Senat des Reichsversicherungsamtes an und erklärte, es sei zweifellos, daß hier ein Betriebsunfall vorliege, den die Berufsgenossenschaft zu entschädigen hat. Es sprach dem Kläger eine laufende Rente von 33% Prozent zu und Ersatz der entstandenen außergerichtlichen Kosten. Das ist ein erheblicher Vorteil, den der Kläger erzielt hat durch die Hilfe der Organisation. Er erhält jetzt voraussichtlich zeitweilig eine jährliche Rente von rund 234 Mark.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 5. Juli 1910.

Reiches und vielseitiges Material für die Agitation enthalten die beiden Broschüren, die jetzt durch das Verbandsbureau herausgegeben worden sind. Der Tätigkeitsbericht bietet nicht nur eine Uebersicht über die von unserer Organisation geleistete positive Arbeit, er gibt auch Fingerzeige für die zukünftige Agitation, und insbesondere liefert er allen unseren Kollegen, die in Versammlungen, in der Werkstatt oder bei sonstigen Gelegenheiten die Richtigkeit unserer Ideen verteidigen müssen, gegen oftmals pöbelhafte Angriffe ausreichendes Material an die Hand. Auch die Programmroschüre kann kein Kollege entbehren. Der Kämpfer für unsere Bewegung sein will. Die Broschüre enthält neben einer mit statistischen Zahlen belegten Beweisführung für die Richtigkeit

des Gewerkevereinsprogramms die Programme der einzelnen Berufsgewerkevereine und ihre statutarischen Einrichtungen. Jederzeit kann sich ein Kollege über die Leistungen und Einrichtungen jedes Gewerkevereins orientieren. Für die Agitation zur Verbreitung und Vertiefung des Gewerkevereinsgedankens sind also die Schriften unentbehrlich.

Die Abgabe der Broschüren an die Gewerkevereinsmitglieder erfolgt weit unter dem Selbstkostenpreis bei Massenbezug derselben. Es ist deshalb praktisch, den Bezug der Broschüren durch die Vereine zu organisieren. Der Schriftführer sammelt umgehend die Bestellungen der Mitglieder und sendet den Betrag (die kleineren Beträge in Briefmarken, sonst per Postanweisung) an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NW. 55, Greifswalderstr. 221-23. Die Zusendung der Broschüren erfolgt dann umgehend. In jeder Versammlung, in jeder Sitzung muß der Kauf der Broschüren empfohlen werden.

Es wurde bisher immer gesagt, daß es an solchen aufklärenden Schriften fehle. Die Kollegen müssen jetzt durch die Anschaffung und Einsendung derselben den Beweis erbringen, daß solche Schriften in der Tat ein dringendes Bedürfnis sind.

Seinen 13. Delegiertentag hält der Bund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauergesellen in der Zeit vom 7. bis 9. Juli in Dresden ab. Ein großer Teil der Bundesvereine, und zwar gerade die größten, ist dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine angeschlossen. Deswegen bringen auch wir den Verhandlungen in Dresden das lebhafteste Interesse entgegen.

Die im Bunde organisierten Brauergesellen haben keinen leichten Stand. Dem schlimmsten Terrorismus der „Genossen“ sind auch sie ausgesetzt. Mit Verdächtigungen und Beschimpfungen niedriger Art sucht man sie in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Beim Abschluß von Tarifverträgen möchte man sie am liebsten ausschalten. Gerade die Vorgänge, die sich jetzt im Brauergewerbe Dresdens abspielen, reden eine deutliche Sprache. Aber treu und unentwegt haben die Bundesgesellen festgehalten an den Grundfäden, die sie einmal als richtig erkannt haben. Ihre Dresdener Tagung wird sie in ihrer Haltung sicherlich noch befestigen. Befestigt von dem Wunsche, ihre Organisation zu stärken und zu kräftigen, und ihrer hohen Verantwortung bewußt, werden die Delegierten ihre Beschlüsse so fassen, daß sie dem Bunde und der Allgemeinheit zum Nutzen und Segen gereichen. Untere besten Wünsche stehen ihnen dabei zur Seite. Möge der Dresdener Delegiertentag einen Markstein bilden in der Geschichte des Brauergewerkes; mögen seine Beschlüsse beitragen zur Stärkung seiner Reihen und zur inneren Festigung!

Die Aussperrung im Kreise Hagen-Schwelm hat mit dem 1. Juli noch eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Zahl der Arbeiter, die auf das Pflaster geworfen sind, beträgt jetzt rund 20 000. Die Hartnäckigkeit der Unternehmer hat es bewirkt, daß in unbeteiligten Kreisen eine starke Mißstimmung gegen sie entstanden ist. Tatsächlich haben unabhängige Männer den Unternehmern in ungewöhnlicher Weise ihre Meinung gesagt und zum Ausdruck gebracht, daß ihre Sympathien auf Seiten der Arbeiterschaft stehen. Auch der evangelische Pfarrer von Schwelm hat dies getan und nicht allein von der Kanzel herab erklärt, daß das Recht auf Seiten der Arbeiterschaft stehe, sondern ist diesen auch finanziell beigesprungen. Darüber herrscht natürlich große Erregung in den Kreisen der Arbeitgeber, die sich nicht scheuen haben, deswegen beschwerdeführend an das Kgl. Konsistorium heranzutreten. Goffentlich hat diese Behörde die Einsicht, daß die Geistlichen nicht nur Helfer in der Not für die Arbeitgeber sein sollen, sondern auch für die Arbeiter! Jedenfalls zeigt aber dieser Vorgang, wie sehr alle Schichten der Bevölkerung durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen sind.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Schmie de in Berlin dauert ununterbrochen fort. — Auch bei der Firma Komnick in Elbing sind die Arbeiter noch immer ausgesperrt. Die Firma bemüht sich, von auswärts gefügige Elemente heranzuziehen und hat sich zu diesem Zweck auch an die Kaiserliche Werft in Danzig gewandt, die ein diesbezügliches Schreiben ausgehängt hat. Goffentlich sind die Helfersdienste, welche die Kaiserliche Werft der Firma leistet, nicht von allzu großem Erfolge getront! — Der Streik der Angestellten bei der Hamburg-Altonaer Zentralbahn ist durch einen Schiedspruch des Gewerbegerichts beendet worden, nachdem die Gesellschaft sich bereit

erklärt hatte, die Mehrzahl der Gemahrgestellten und Streikenden wieder einzustellen. — In Halle a. S. sind die Steinseger und Hammer wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten. — Wegen Lohndifferenzen sind in der chemischen Fabrik in Kommerensdorf b. Zettin etwa 500 Arbeiter ausgesperrt worden. — Die Einigungsverhandlungen in der Holzindustrie in Stolp i. V. sind gecheitert. Wegen der Mindestlohnfrage konnte es zu keiner Verständigung kommen. Obgleich die Gezellen zu weiteren Verhandlungen bereit waren, wurden in einigen großen Betrieben etwa 150 Holzarbeiter ausgesperrt. — Wegen ungenügender Zugeständnisse bei der Erneuerung des Tarifvertrages haben die bei den Zinnungsmeistern beschäftigten Böttchergesellen in Dresden die Arbeit niedergelegt. — Den Hafenarbeitern in Bremen wurde nach einem kurzen Streik eine Erhöhung der Stundenlöhne und der Zuschläge für Überstunden bewilligt. — Der Kampf, den die Sticker und Stickerinnen in Plauen i. V. im vorigen Jahre durchzumachen hatten, scheint in diesem Jahre von neuem zu entbrennen. Auf Verluß des Maschinenbesitzervereins wurden von den Unternehmern die bis zum 1. November d. J. laufenden Tarifverträge schon jetzt gekündigt. Die Arbeitnehmer werden dementsprechend ihre Rüstungen treffen können.

Noch immer besteht in Frankreich die Gefahr eines großen Eisenbahnaustrandes. Die Verhandlungen dauern zwar noch an; die Regierung hat aber offenbar wenig Hoffnung, den Kampf vermeiden zu können. Demgemäß soll der Kriegsminister vorgeschlagen haben, den Eisenbahnverkehr für den Fall des Ausstandes dauernd durch Militär aufrecht zu erhalten und das gesamte Eisenbahnpersonal unter die Fahne zu berufen. — Die von den Textilindustriellen angebotene Aussperrung in Eschwege (Holland) ist am Sonnabend zur Durchführung gebracht worden. — Ein gewaltiger Kampf droht im Schweizer Brauergewerbe auszubrechen. Der sozialdemokratische Zentralverband will die Brauereien zwingen, Arbeiter nur von feinem Arbeitsnachweis zu beziehen. Die Brauereien haben dieses Anfinnen abgelehnt und finden in ihrem Vorgehen Unterstützung beim Bund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauergesellen.

Eine ernste Mahnung an die Bauarbeiter, die im Widerspruch mit den Entscheidungen des Schiedsgerichts die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, richtet im „Grundstein“ der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordnete Webel. Er erblickt in dem Ausgange des Kampfes einen glänzenden Sieg der Organisationen, deren Wert und Bedeutung er mit warmen Worten schildert. Die Achtung der Organisationen müsse aber stark beeinträchtigt werden, wenn die Verträge, die sie abschließen, nicht gehalten werden. Es heißt da:

„Das ist aber eine schwere Schädigung, um nicht zu sagen Infragestellung des Erreichten, wenn hier und da die Jagdgenossen Miene machen, sich den zwischen ihnen erwählten Vertrauensleuten und den gegnerischen Vertretern vereinbarten Bedingungen nicht zu fügen. Voraussetzung jedes Vertrages ist, daß beide Teile, die den Vertrag abschließen, denselben auch loyal erfüllen. Verlangen wir von den Unternehmern, daß sie die vereinbarten Bedingungen respektieren, — und es sind viele unter ihnen, denen der Vertrag für die Arbeiter zu günstig erscheint — dann erfordert die Loyalität, daß die Arbeiter ebenfalls einhalten, was ihre Vertrauensmänner im Interesse der Gesamtheit vereinbart.“

Aber auch abgesehen davon erfordere die Rücksicht auf die Vertrauensleute, daß man sie nicht bloß stellt, daß man, wenn auch widerwillig, erfüllt, was sie im Gesamtinteresse vereinbarten und unter der Voraussetzung, daß man billige, was sie getan. Mit Recht weist der sozialdemokratische Führer auch darauf hin, daß die Sympathien, die die Allgemeinheit im vorliegenden Fall dem Kampf der Bauarbeiter entgegenbrachte, in das Gegenteil verkehrt würden, zeigten die Arbeiter, daß sie getroffenen Vereinbarungen ihrer Vertrauensmänner die Erfüllung verweigerten. Ueberdies sei es verdammt Pflicht und Schuldbigkeit der einzelnen, sich der Entscheidung der großen Mehrheit ihrer Kollegen zu fügen.

Wir sind mit diesen Ausführungen in jeder Beziehung einverstanden und hegen nur den Wunsch, daß sie von den Gesinnungsgenossen Webels recht beherzigt werden.

Aus dem Malerberufe. Das Haupttarifamt für das Malergewerbe, welches als letzte Instanz über alle von den vertragsschließenden Parteien eingelegten Berufungen gegen Entscheidungen der Orts- oder Gautarifämter sowie über Fragen grundsätzlicher Bedeutung entscheidet, tagte zum

ersten Male seit Abschluß des Reichstarifes, und zwar in den Tagen vom 28. Juni bis zum 2. Juli in Berlin.

Als unparteiische Vorsitzende fungierten die Herren Magistratsrat v. Schulz, Berlin, Geh. Reg. Rat Dr. Biedefeldt, Berlin aus dem Reichsamt des Innern und Gewerbegerichtsdirktor Dr. Brenner-Münden. Bei den Verhandlungen wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, so daß nur die Besitzer des Haupttarifamtes und die als Auskunftspersonen amwesenden Mitglieder des Arbeitgeberverbandes und der drei Gehilfenorganisationen daran teilnehmen konnten. Für die Verhandlungen lagen nicht weniger als 35 Anträge vor, und zwar 21 aus den Gewerbanden der Meisterschaft, 7 von der „freien“ Gewerkschaft, 6 vom Zentralverband christlicher Maler und 1 vom Gewerbeverein der graphischen Berufe, Maler und Ladierer.

Die Anträge betrafen zumeist Differenzen wegen Ermittlung des Grundlohnes, Zahlung des Lohnausgleiches, Verweigerung des sog. Ausgleichsbonnens, der Arbeitszeit und Kaufens usw. und wurden teils durch Schiedsspruch der Herren Unparteiischen endgültig entschieden oder zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanzen verwiesen. Die Geschäftsordnung für die Orts- und Gautarifämter, welche jetzt noch eine ziemlich primitive ist, soll einer Revision unterzogen werden, so daß auch hierin noch mehr Klarheit geschaffen wird.

Wenn man bedenkt, daß seit Inkrafttreten des Reichstarifes (17. Januar) bereits über 300 Ortstarifamtsitzungen und etwa 20 Gautarifamtsitzungen, sowie nunmehr eine fünftägige Haupttarifamtsitzung stattgefunden haben, so kann man ermessen, wech ungeheure Arbeit von den Funktionären der vertragschließenden Parteien erledigt werden muß, um die Sache ins richtige Geleise zu bringen. Es wird auch noch manche Mühe verursachen, den Tarif in allen seinen Teilen zur Durchführung zu bringen, doch werden sicherlich auch die letzten Schwierigkeiten überwunden werden, da alle Teile den ernstlichen Willen dazu haben, wie auch bei den eben beendigten Verhandlungen zu erkennen war.

Für die Kampfesweise der Christlichen ist ein Vorgang bezeichnend, der sich in einer allgemeinen Eisenbahnerversammlung zu Ulm am 28. Juni abgepielt hat. Der christliche Gewerkschaftssekretär Krug-Stuttgart sprach dabei über die Eigenkahnertagen von Wietrach und Stuttgart. Am erstgenannten Orte hat der jetzt dem Verbande der Deutschen Gewerkschaften angeschlossene sogenannte alte Württembergische Eisenbahnerverband seine Tagung abgehalten, in Stuttgart der von den Christlichen begründete sogenannte neue Verband. Selbstverständlich waren zu dieser Versammlung auch zahlreiche Kollegen von unserem alten Verbande erschienen, und auch der Bezirksleiter der Holzarbeiter, Kollege Barnholt, Ulm, hatte sich eingefunden. Nachdem Herr Krug Hundenburg auf den alten Verband und seinen Generalsekretär Roth geschimpft und die Deutschen Gewerkschaften verhöhnt hatte, meldete sich natürlich auch der Kollege Barnholt zum Wort, um die Angriffe des Referenten zu widerlegen. Kaum aber hatte er das Wort erhalten, als ein mächtiger Tumult entstand. Anstatt nun die Aufseher zur Ordnung zu weisen, veruchte der Vorsitzende dem Redner das Wort zu entziehen, da er nicht gewußt habe, daß er der Arbeitersekretär Barnholt sei. Er sei kein Eisenbahner und sei auch nicht eingeladen. Der von unserer Seite erhobene Einwand, man müsse schon aus Gründen des Anstandes dem Kollegen Barnholt Gelegenheit zur Abwehr der Angriffe geben, und überdies sei auch der Referent Krug kein Eisenbahner, machte keinen Eindruck. Man ließ den Kollegen Barnholt einfach nicht zu Worte kommen, so daß unsere Freunde kein Interesse am weiteren Verlauf der Versammlung hatten und den Saal verließen.

Abgesehen von der Unanständigkeit eines solchen Verhaltens zeigt der Vorgang, welche Ansicht die Christlichen vor einer Auseinandersetzung mit unseren Kollegen haben. Schlecht muß es um eine Sache bestellt sein, die zu derartigen Kampfmitteln ihre Zuflucht nehmen muß.

Zur Förderung der „vaterländischen Arbeitervereine“ scheint zurzeit eine starke Aktion im Gange zu sein. Im vorletzten Leitartikel wiesen wir schon darauf hin, wie entschieden sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ für die Gründung und Unterstützung solcher Vereine ins Zeug legt. Ihrer letzten Nummer hat sie sogar den Aufruf des Förderungsausschusses vaterländischer Arbeitervereine beigelegt, der zu gleicher Zeit auch in einer ganzen Reihe von Tageszeitungen zum Abdruck gelangt ist.

Wir finden ihn in der „National-Ztg.“, einem Ableger der „Post“, im Organ des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tagesztg.“, in der sich „national“ nennenden „Deutschen Ztg.“, und er ist sicherlich auch in allen anderen Blättern zu lesen, die der Arbeiterbewegung und insbesondere den Arbeiterorganisationen feindlich gegenüberstehen. Schon diese Tatsache charakterisiert jene „vaterländischen Arbeitervereine“ aufs deutliche.

Auf den Inhalt des Aufrufs nochmals einzugehen, erübrigt sich nach den Ausführungen in unserem vorletzten Leitartikel. Hinweisen möchten wir aber auf die Unterstrichen, die unter dem Aufruf stehen. Die Spitze bildet ein ehemaliger Generalmajor, dann folgen im bunten Durcheinander ein Baurat, ein Landrat und ein Justizrat, mehrere Professoren und Direktoren, davon einer von der Rombacher Hütte in Lothringen, zwei Innungsmeister, ein Kgl. Meister und der Chefredakteur der „Arbeitgeberzeitung“. Dann folgt noch eine stattliche Reihe Namen von Leuten, die den Aufruf unterstützen. Die Zusammenziehung ist ähnlich wie oben, nur noch bunter. Die hervorragendsten Scharfmacher befinden sich darunter, und auch die Vertreter der ausgesprochen gelben Vereine fehlen nicht. Nach alledem kann es nicht schwer fallen, selbst den Unbefangenen über das Wesen der „vaterländischen Arbeitervereine“ aufzuklären. Sie sind eine Unternehmerschutztruppe im wahren Sinne des Wortes und noch gefährlicher als die Gelben, weil sie ihren wahren Charakter zu verschleiern suchen. Gelingen wird ihnen das allerdings nicht; dafür wird die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen sorgen.

Mit den Jugendorganisationen beschäftigte sich auch der Ende Juni in Regensburg abgehaltene Allgemeine Bayerische Handwerker- und Gewerbebetag. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, nach der in den sozialdemokratisch geleiteten Jugendorganisationen eine Einrichtung erblickt wird, die lernende Jugend gegen Lehre und Lehrherren, gegen Staat und Gesellschaft in Unruhe und Unzufriedenheit zu versetzen und zu erhalten und dadurch eine geistliche Erziehung der jungen Leute zu zufriedenen Handwerkern und glücklichen Staatsbürgern zu unterstützen. Der „Vorwärts“ macht dazu allerlei abfällige Bemerkungen, unseres Erachtens ohne dazu berechtigt zu sein. Denn wenn den Jugendorganisationen von allen Seiten Schwierigkeiten bereitet werden, so tragen die Gefinnungsgenossen des „Vorwärts“ allein die Schuld daran. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nochmals an folgendes Zitat aus der sozialdemokratischen „Brandenb. Ztg.“ (Nr. 220, 1909):

„Die proletarische Jugend muß durchglüht werden vom Klassenbewußtsein und hat gegen ihre Unterdrücker, die proletarische Jugend der Sozialdemokratie zuzuführen muß das erste Bestreben jedes Genossen, jeder Genossin sein.“

Eine noch deutlichere Sprache führte ein Flugblatt, das von der Sozialdemokratie im Frühjahr 1908 vor den Berliner Fortbildungsschulen verteilt wurde, um Propaganda für die „freien“ Jugendorganisationen zu machen. Darin fand sich folgende Stelle:

„Es jammert uns, daß Ihr eure jungen Kräfte völkeraussagen, euren Körper nicht in eherne Fesseln schlagen laßt. Es so zu sein braucht! All die Schönheiten und die Genüsse des Lebens existieren für Euch nicht. Die Quelle der Wissenschaft sprudelt Euch kein erfrischendes Tröpflein, die begeisternde Kunst erweist Euch Herz nicht. Nur arbeiten, arbeiten für andere, erntet es Euch entgegen. Und wenn Ihr jetzt gleiches elendes Dasein meinsten, die Früchte reifen ließe, von denen Ihr in der Zukunft zehren könntet! Man sagt Euch, man will Euch zu tüchtigen Fachmännern erziehen, auf daß Ihr später ein gutes Leben führen könnt. O welche Heuchler! Seht eure Jugendzeit zu Ende, dann erkennt Ihr leider zu spät, daß Ihr Euch umsonst geschunden und geplagt, daß Ihr so gut wie nichts gelernt habt! Eure Jugendzeit, die herrlichste des Menschenlebens, hat man Euch unter falschen Vorwänden geraubt. Und während Ihr kaum das Nötigste erhaltet: Brot zum Leben, Kleidung zum Kleiden, Zeit zur Ruhe, Pflege und Stärkung eures schwachen Körpers und Geistes und Euch so das Leben zum Jammertale werden muß, schwelget in kleiner Teil der Menschheit auf eure und der Masse Kosten im Ueberflusse, den Frudentum des Lebens in großen Jügen genießend.“

Braucht man sich angesichts solcher Tonart zu wundern, wenn der Jugendorganisation immer mehr Hindernisse in den Weg gelegt werden? Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Legien hat selbst in einem Artikel in den „Soz. Monatsheften“ erklärt, daß in gewerkschaftlichen Kreisen allgemein die Ansicht vorherrschend sei, daß die in den letzten Jahren geschaf-

tenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien. Der Jugend müsse die Jugend erhalten bleiben. Man solle nicht zu frühzeitig ihr Hirn mit schwierigen sozialen oder politischen Fragen beschäftigen, sondern die körperliche Entwicklung fördern und in Verbindung damit den Geist zu beeinflussen suchen.

Das sind vernünftige Grundsätze, nach denen auch in den Deutschen Gewerbevereinen bei der Begründung von Jugendabteilungen gehandelt wird. Dagegen wird auch niemand etwas einwenden können, während es nur natürlich ist, daß das Vorgehen der Sozialdemokratie der Jugendbewegung erbitterte Gegner schafft.

Das Schulgeld für die Fortbildungsschulen wird häufig von Arbeitgebern auf die Fortbildungsschüler abgewälzt, indem in der Arbeitsordnung eine Verpflichtung zur Erstattung der von den Arbeitgebern zu zahlenden Fortbildungsschulbeiträge festgesetzt wird. Ein solches Verfahren ist unzulässig, wie der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß zu erkennen gegeben hat. Danach ist die Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen durch das Gesetz vom 1. August 1909 dahin geregelt worden, daß ihre Zahlung den Arbeitgebern der Fortbildungsschüler von den Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden im Wege statutarischer Bestimmungen auferlegt werden kann. Eine, sei es auch nur mittelbare Verpflichtung der Fortbildungsschüler zur Entrichtung von Beiträgen für die Fortbildungsschulen kennt das Gesetz nicht.

Ein weiblicher Wohnungsinspektor zur Kontrolle gesundheitswidriger Wohnungen soll in Halle a. S. laut Beschluß des städtischen Etschusschusses angestellt werden. Das Gehalt ist auf 2400 Mark festgesetzt und kann bis auf 3600 Mark steigen. Der Beschluß ist freudig zu begrüßen und wird für die Stadt Halle sicher segensreich sein. Der Bericht der ersten deutschen Wohnungsinspektorin, Dr. Elise Conrad, die in Worms als heftige Wohnungsinspektorin tätig war, hat jedenfalls gezeigt, wie segensreich Frauen auf diesem Gebiete wirken können. Wenn die Stadt Halle die geeignete Persönlichkeit findet, wird sie sicherlich dieselbe Erfahrung machen können.

Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Deutschen Reich. Die letzte Nummer des „Reichsarbeitsblatt“ bringt ein Verzeichnis der am Schlusse des Jahres 1909 im Deutschen Reich vorhandenen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Nach dieser Aufstellung belief sich die Zahl der kommunalen Gewerbegerichte auf 451, die der Berg- und Gewerbegerichte auf 8, die der Landesgerichte, die auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufen sind (§ 85 d. Gewerbegerichts-Gesetzes) auf 20. Kaufmannsgerichte wurden insgesamt 267 gezählt.

Gewerbevereins-Teil.

Esrau. Auf dem Bezirksstage der Niedersächsisch-Kaufler Ortsverbände, der am 28. Juni hier stattfand, waren 56 Delegierte amwesend; außerdem wohnten zahlreiche Gäste der Sitzung bei. Nach Erledigung einiger Fragen nahm Kollege Stein-Wörlich das Wort zu seinem Vortrag über: „Die Deutschen Gewerbevereine und ihre Agitation in Niedersachsen und der Lausitz“. Er verband es, die Zuhörer durch seine Ausführungen sehr zu fesseln. Redner schilderte zunächst das Wachstum der Gewerbevereine. Gerade in der letzten Zeit sei die Mitgliederzahl in diesem Bezirk sehr gestiegen. Sachsen und die Lausitz seien heute die Domäne der Deutschen Gewerbevereine. Aber solchen Erfolgen gegenüber dürfen die Mitglieder nun nicht denken, jetzt die Hände in den Schoß legen zu können, jetzt müsse vielmehr erst die richtige aufklärende Arbeit beginnen. Man müsse dafür die bürgerliche Presse zu gewinnen suchen und in die Versammlungen gehen und dort das Programm der Deutschen Gewerbevereine vertreten. Den Vorständen der einzelnen Vereine müsse ein Berg gelegt werden, sich mehr an der Agitation zu beteiligen. Großer Beifall dankte dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Am Schlusse derselben gab der Referent dem Wunsch Ausdruck, daß alle Anwesenden unentwegt für die Sache der Gewerbevereine eintreten werden. Nach der Mittagspause berichtete Kollege Reuitedt, Berlin über den 17. Verbandstag und seine Beschlüsse, die er eingehend erläuterte. Besonders hob er hervor, daß über die Neutralitätsfrage nunmehr völlige Klarheit geschaffen und jede weitere Diskussion darüber überflüssig sei. Redner ging dann näher auf den Tätigkeitsbericht ein und legte dar, was die Deutschen Gewerbevereine in der letzten Verbandstagsperiode geleistet haben. Auch in der Öffentlichkeit sind die Gewerbevereinskollegen überall tätig gewesen. In vielen Körperschaften sitzen heute die Mitglieder der Deutschen

Gewerbetreibende und bewahren sich dort als eifrige, verständnisvolle Mitarbeiter an den einschlägigen Fragen. Sie sind in 32 Orten an Schiedsgerichten, an 82 Gewerbergerichten tätig, sie stellen Weisiger zu Kaufmannsgerichten, haben 192 Vertreter in den Gemeindevertretungen, und auch in das Schöffensamt wurden Angehörige der Organisation berufen. Zum Schluss ging der Redner noch auf die von den Arbeitgebern ins Leben gerufenen Arbeitsnachweise ein. Wie eine Spinne ihr Netz ausspannt, so seien diese Nachweise ausgebaut worden. Der Verband habe aber eine energische Gegenagitation eingeleitet, da er sich einen Nutzen von diesen Arbeitsnachweisen nicht verspreche. Rebhafter Beifall lohnte auch diesen Redner am Schluss der Ausführungen, an die sich noch eine schier unerschöpfliche Aussprache angeschlossen. Sie endete mit der Aufforderung des Referenten, sich treu um das Banner der Deutschen Gewerbetreibenden zu scharen und nicht müde im Kampf zu werden. Nur eine gut fundierte Organisation sei imstande, alles das nachdrücklich durchzuführen, was zur Befriedung des Arbeiterstandes erforderlich sei. Mit einigen Worten ging der Redner noch auf die Hausagitation ein, die im Auge zu behalten sei, ferner auf die Neutralität der Gewerbetreibenden und auf die Jugendorganisation, welche letztere am besten dem Berliner Muster anzupassen sei. Nachdem sodann noch bekannt gegeben war, daß die Delegierten gegen Erstattung von 20 Pfg., die der Bestellung in Briefmarken beizulegen sind, ein ausführliches Protokoll vom Bezirkstage beim Schriftführer P. Hänisch in Sorau, Kirchplatz 8, bestellen können, schloß der Ortsverbandsvorsitzende, Kollege Kunert, mit Dankesworten an die Redner und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerbetreibenden die Versammlung.

Verbands-Teil

Frauen-Vergabekasse

des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.)

Quittung über eingesandte Beiträge.

Monat April 1910.

Bauhändler: Berlin 1,04, Königsberg 4,55, Liegnitz 3,25, Merseburg 1,50, Posen 32,10, Ulm 5,07, Roon-Charlottenburg 2,43. **Feldbauer:** Breslau 9,26, Landsberg 5,85. **Brauer:** Braunschw. 0,75. **Bergarbeiter:** Langendree 5,79. **Fabrik- u. Handarbeiter:** Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Grauberg 9,49, Langendorf 1,43, Penig 15,84. **Frauen u. Mädchen:** Danzig 1,60, Dablen 1,82. **Graphische Berufe u. Maler:** Berlin I 8,48, Berlin III 2,56, Chemnitz 7,98, Demmin 1,71, Elberfeld 8,58, Gera 2,99, Königsberg 6,69, Naumburg 5,72, Saarbrücken 5,28, Stralsund 23,40, Worms 2,08, Weiz 14,03. **Gemeindearbeiter:** Berlin 30,36. **Kaufleute:** Berlin III 4,71. **Einzelmitgl.** **Mechaniker:** Berlin III 4,71. **Maschinenbau- u. Metallarbeiter:** Mfherleben 5,33, Weisingen 4,81, Mallnig 5,85, Dörsel 3,77, Rathenow 14,91, Rixdorf 14,50, Worms 0,78. **Einzelmitgl.** 1605 2,34. **Porzellanarbeiter:** Altbadensleben 0,81, Alttraaf 32,11, Fülltenberg 4,81, Königsberg 124,37, Neufadensleben 1,82, Rudolfstadt 8,06, Selo 6,76, Sophienau-Charlottenb. 5,85, Tiefenfurt 3,12, Waldenburg 9,93, Wittenberg 1,95. **Einzelmitgl.** 17021,04, 239 1,25, 11551,56, 435 2,86, 1948 1,27, 374 2,34, 28 + 1874 1,96. **Schneider:** Berlin I 1,71, Berlin II 6,76, Berlin III 3,77, Berlin V 2,08, Breslau I 21,58, Breslau II 6,30, Danzig 5,73, Dresden 4,68, Elberfeld 3,25, Görlitz 8,71, Greifswald 6,82, Hagen 8,18, Jena 8,22, Königsberg 7,11, Liegnitz 4,04, Merseburg 8,32, Naumburg 4,20, Okerleben 3,42, Potsdam 15,91, Queblinburg

8,58, Rathenow 8,97, Schweidnitz 1,69, Stolp 1,43, Stralsund 10,40, Weisenfels 27,17, Worms 0,78. **Einzelmitgl.** 981 2,34, 2937 0,36. **Schiffsimmerer:** Bredow 7,15, Greifswald 2,88, Kiel-Garden 3,56. **Zahnmacher und Leberarbeiter:** Baugen 7,02 Berlin I 17,43, Berlin II 4,90, Biebrach 9,91, Bromberg 16,90, Danzig 4,55, Erfurt 2,60, Frankfurt 8,97, Gnesen 2,99, Grauberg 15,59, Greifswald 5,85, Halle 6,19, Königsberg 4,20, Mülheim-Saarn 4,03, Einzelmitgl. 3199 1,56, Naumburg 2,21, Peitz 1,95, Pirnaisens 50,91, Posen I 17,76, Posen II 12,35, Rixdorf 0,25, Rohnstein 21,06, Stettin 8,97, Ulm 5,72, Weidheim 4,42, Weisenfels 134,54, Worms 13,00, Potsdam 10,27, Hauptklasse 6,10. **Einzelmitgl.** 1113 1,17, 1959 0,78. **Textilarbeiter:** Apolda I 12,35, Bad Sulza 17,87, Berlin 11,70, Cottbus 6,24, Chemnitz 18,58, Duisburg 7,67, Eintracht 2,21, Gabelng 6,63, Großenhain 4,81, Guben 2,86, Helmstedts 53,95, Penig 8,84, Sagan 12,35, Zannhausen 10,92, Sagen 1,17. **Lager:** Bitterfeld 35,61, Jägerhof 5,98, Weiten 1,69, Uederminde 11,17. **Einzelmitgl.** 872 0,91, 2320 1,04. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Sagen 8,32, Bajewalt 8,84. **Einzelmitgl.** Luz 0,65.

Summa 1289,31 Mark.

Berlin, im Juli 1910.
R. Klein, Hauptkassierer.

F. Neustedt, Hauptkontrollleur.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221-223. Während der Sommermonate fallen die Sitzungen des Distrikterklubs aus. — **Gewerbetreibenden-Liedertag (G.-D.).** Jeden Donnerstags, abds. 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonnabend, 9. Juli. Maschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Weichert, Bergstraße 69. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung Straußstr. 36 a. 1. Mitteilungen, 2. Monatsbericht, 3. Vortrag des Kolleg. Redner: „Die Entwicklung von Handel und Gewerbe im 19. Jahrhundert“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Rabau, Baldfstraße 53. Vortrag des Kollegen Joseph: „Tätigkeit der Gewerbetreibenden“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandslokal, Greifswalderstraße 221-223. L.-D. des. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter X.** Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung im Restaurant „Zur Hütte“, Stalgerstr. 30. Vortrag des Kollegen Mühlstein über den Verbandstag. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr Zapfenabend bei Krull, Butbuserstraße 51. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII.** Abends 9 Uhr Versammlung Schönhauser Allee 65. L.-D.: Geschäftliches, Monatsberichte und Vortrag. — **Jugendabteilung I.** Versammlung bei Rabau, Baldfstraße 53. — **Jugendabteilung II.** Versammlung bei Krull, Butbuserstraße 51. — **Jugendabteilung Charlottenburg.** Freitag, 8. Juli, Versammlung im Lokal Wippenstr. 32. Sämtliche Versammlungen beginnen pünktlich um 7 1/2 Uhr und werden um 9 1/2 Uhr geschlossen. Tagesordnung: Vortrag, Besprechung über unsere Ausflüge. — **Jugendabteilung Groß-Berlin.** Sonntag, 10. Juli, Ausflug nach Fegel. Treffpunkt um 2 Uhr im Norden, Butbuserstraße 51; im Nordwest, Baldfstraße 53; in Charlottenburg im Lokal Wippenstr. 32. Zu allen Veranstaltungen sind Gäste stets willkommen. — **Frauen u. Mädchen I.** Sonntag, 10. Juli, Partie nach Schöllow. Treffpunkt früh 7 Uhr Statiner Vorort-Bahnhof. Für Nachmittags-Radfahrer Hermsdorf am Bahnhof. Für Nachmittags-Radfahrer Halbes Komitoret in Schöllow. Gäste herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände.

Cottbus (Distrikterklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstraße 120. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hakenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Düsseldorf (Allgemeinwirtschaftskongress).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr in Verbandslokal, Karlsruherstr. 29. Sitzung. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband. Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal C. Simon, Alter Markt. — **Hagen b. W. (Ortsverband).** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Lubewig. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hattmanns Hotel, Poststr., Distrikterstunde. — **Hersfeld (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Bonner, Döhrstr. — **Hannover-Binden u. Umgegend (Ortsverb.).** Sonntag, 17. Juli, vorm. 8 1/2 Uhr, Ausflugsitzung. Ortsverbandsbeiträge sind zu erlegen. Sämtliche Vertreter haben zu erscheinen. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Eiferstraße. — **Leipzig (Gewerbetreibenden-Verband).** Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Magdeburg (Sängerkorps der Deutschen Gewerbetreibenden).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 9 Uhr, b. Herrn Joh. Janßen, Krefelderstraße 383. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Mühlheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Hirtl Joh. Köler, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerkorps der Gewerbetreibenden).** Die Uebungsstunden finden je Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Robel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Tegele (Distrikterklub für Tegele, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Keddner, Berlinerstr. 88. Gäste willkommen. — **Werde und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 17. Juli, Ausflugsitzung b. Hirtl Schröder in Halberbach. — **Weisenfels a. S. (Sängerkorps der Gewerbetreibenden).** Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerbetreibendenskollegen stets willkommen. — **Weisenfels (Distrikterklub der Gewerbetreibenden).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Cottbus (Ortsverband). Robert Fuchs, Schriftführer, Lutherstr. 21 II. **Erling (Ortsverband).** Walter Pfau, Kassierer, Seidnamstr. 138. **Gleiwitz (Ortsverband).** B. Zimpel, Schriftführer, Mollstr. 6. **Kaiserlautern (Fabrik- und Handarbeiter).** Joh. Sachs, Kassierer, Gartenstr. 21. **Langensiefel i. Schlef. (Ortsverb.).** P. Augustin, Kassierer, Greifenberg i. Schlef., Ortshausbergstr. 32. **Striegau i. Schlef. (Ortsverband).** Martin Gräber, Schriftführer, Bismarckstr. 2.

Briefkasten.

G. R. in Weiskraun. Wenn Herr R. wirklich das gesagt hat, was im „Heilbronner General-Anzeiger“ steht, so hat er gekümmert, und zwar nach echt „christlicher“ Manier. Denn der Mitgliedsbeitrag des Verbands der Deutschen Gewerbetreibenden im Jahre 1909 betrug nach den im „Gewerbetreibenden“ (Nr. 38) veröffentlichten Zahlen 2385, war also größer als in den christlichen Gewerkschaften.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Bereinigte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 23. Juli cr., in der „Neuen Welt“, Hofenstraße 108-114.
Großes Sommerfest.
Künstler-Vorstellung — Spezialitätenvorstellung
 Brillant-Gewerke, Kinderbelustigungen.
Nach der Vorstellung:
Großer Sommerballsall.
Kasseneröffnung 1 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Die Kaffeetische wird um 2 Uhr geöffnet.
Billets à 30 Pfennig sind bei den Kassierern der Ortsvereine aller Gewerbetreibenden Berlins und Umgegend, sowie beim Kollegen Bielert, O. 34, Bornsdorferstraße 59, und am Tage des Fests an der Kasse zu haben.
Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in dem großen, 4500 Personen fassenden Saale statt.
Es laßt freundlichst ein **Der Vorstand.**

Die im Verein der Deutschen Kaufleute (G.-D.) organisierten Handlungsgehilfen- und Gehilfenvereine erfreuen seit Jahren die völlige Sonntagstruhe für das Handelsge- werbe. Gewerbetreibender, unterstützt unsere Verbandsgenossen im Kampfe um die Verfürgung der Arbeitszeit!
Kein Gewerbetreibender kauft Sonntags!
Veranlasse jeder seine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu besorgen!
Erling (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Kaffeunterstützung 75 Pfg. bei H. Zimmermann, Zhalstraße 36.
Görlitz (Ortsverb.). Wandernde Kollegen erhalten Verpflegungssarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer H. Risch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Mangel hatten, aber gleich wieder abreisen, erhalten ein Orts-geschenk von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

Jeder Perfekter unserer Gewerbetreibendenidee
muß sich nachstehende Broschüren anschaffen:
Das Programm des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden und die Forderungen der einzelnen Gewerbetreibenden. Der Preis der Schrift beträgt für Gewerbetreibender für 1 Exemplar 15 Pfg., 5 Exemplare 70 Pfg., 10 Exemplare 1,20 Mk., 50 Exemplare 5 Mk., 100 Exemplare 9 Mk.
Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerbetreibenden und ihres Verbandes 1907-1910. Der Preis der Schrift beträgt für Mitglieder für 1 Exemplar 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk.
Bestellungen werden nach Eingang des Betrages für die Broschüre sofort erledigt. Geldsendungen (bei kleineren Beträgen in Briefmarken) an Kollegen Rudolf Regin, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.
Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstüßung bei Carl Köppler, Greif-gasse 2, Ede Oberlaueuasse.
Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Orts-geschenk von 50 Pfg., Sonn- und Feiertags 75 Pfg. beim Orts-verbandskassierer H. Reimann, Schmölnerstraße 12.
Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüßung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereins-kassierern und bei Friedrich Ehrlich, Breslauerstr. 20.
Essen (Nahb.). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungssarten im Gewerbetreibenden-Bureau, Frohnhauserstr. 53.